



ASIEN/INDONESIEN - Bischöfe begrüßen neue staatliche Bestimmungen zur Verhinderung sozialer und religiöser Konflikte

Jakarta (Fidesdienst) – Mehr Koordinierung zwischen Zentralregierung, Lokalbehörden, Polizei und Armee soll zur Vorbeugung oder Beendigung von sozialen und religiösen Konflikten auf dem indonesischen Archipel beitragen. Entsprechende neue Bestimmungen brachte gestern Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono mit der Unterzeichnung der „Instruktion 2/2013“ auf den Weg. Wie Beobachter dem Fidesdienst mitteilen, sollen die neuen Bestimmungen, Gouverneuren, Bürgermeistern und Beamten größere Kompetenzen bei der Bewältigung von Konflikten zwischen verschiedenen Gemeinschaften und Gewalt mit sozialem und religiösem Hintergrund gewähren und die Koordinierung der Sicherheitspolitik fördern. Unter den Gründen, die zur Verabschiedung der neuen Bestimmungen führten nannte Yudhoyono „Gewalt, Unruhen, soziale und religiöse Konflikte sowie terroristische Anschläge“ im Jahr 2012. In den vergangenen Monaten sei die indonesische Regierung dafür kritisiert worden, „dass es ihr nicht gelungen war soziale Konflikte zu bewältigen“. Beobachter weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass zu den besonders gefährdeten Gebieten die Molukken, Vororte von Jakarta, darunter Bogor und Bekasi, die Region Papua und die Insel Sumatra gehören.

Der Sekretär der bischöflichen Kommission für interreligiösen Dialog, Pfarrer Benny Suseyto, betont gegenüber dem Fidesdienst, dass die Bischöfe die neuen Bestimmungen begrüßen: „Wir sind überzeugt, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung ist. Die Koordinierung zwischen, Regierung, Polizei und Lokalbehörden ist wichtig. Oft hat es in der Vergangenheit durch Nachlässigkeit Opfer und von Gewalt verursachte schwere Schäden gegeben. Die neuen Normen werden in möglichen Kontexten des Konflikts eine Besserung herbeiführen.“

„Zu den Hauptursachen sozialer und religiöser Konflikte in Indonesien“, so Pfarrer Benny Suseyto weiter, „gehören Provokationen und Manipulation der Religion zu politischen Zwecken. Oft konnten kleinere Konflikte auf lokaler Ebene nicht beendet werden, weil politische Führungskräfte nachlässig waren, wenn es um die Umsetzung geltender Bestimmungen ging“. Was mögliche Folgen der neuen Bestimmungen für extremistische Gruppen wie zum Beispiel die Islamic Defenders Front anbelangt, betont der Sekretär der bischöflichen Kommission: „Extremistische Gruppen sind in Indonesien zwar klein aber sehr lautstark, Wenn es einen politischen Willen gibt, diese aufzuhalten, dann sind sie ungefährlich. Soziale und religiöse Harmonie kann gelingen.“. Die katholische Kirche sei vor allem davon überzeugt, dass „man handeln, die Achtung der Legalität und der Menschenrechte fördern, aber vor allem beten und den Dialog mit anderen suchen muss“. (PA)
(Fidesdienst, 29/01/2013)